

**REPUBLIK ÖSTERREICH****BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE,
JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ**A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9
Postfach 10

31 5700/1-III/1/85

An das
Präsidium des
NationalratesParlament
1010 W i e n

75-ENTWURF 1985	
Datum: 18.FEB.1985	
Verteilt: 1985-02-19 Suda	

Dr. Bauer

Betrifft: Entwurf eines Rechtspflegergesetzes 1985.
Allgemeines Begutachtungsverfahren.
Stellungnahme des Bundesministeriums für
Familie, Jugend und Konsumentenschutz.

Bezug: 17.001/48-I 8/84 des Bundesministeriums
für Justiz

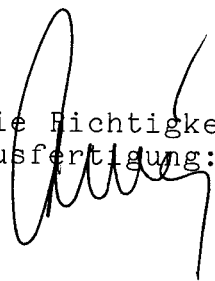
Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumenten-
schutz beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme
zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwurf zu über-
senden.

14. Februar 1985

Für den Bundesminister:

E N T

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



**REPUBLIK ÖSTERREICH****BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE,
JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ***A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9
Postfach 10*

31 5700/1-III/1/85

An das
Bundesministerium
für JustizNeustiftgasse 2
1070 W i e n

Betrifft: Entwurf des Rechtspflegergesetzes 1985.
Allgemeines Begutachtungsverfahren.

Bezug: 17.001/48-I 8/84

Mit Beziehung auf das Schreiben vom 14. Dezember 1984 erstattet das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz mit dem Beifügen, daß es 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet hat, folgende

ST E L L U N G N A H M E :Allgemeines

Der Ausbau der Einrichtung des Rechtspflegers und die Verbesserung der dafür geltenden Rechtsvorschriften sind uneingeschränkt zu begrüßen. Im einzelnen sei folgendes festgehalten:

Zum § 1

Die Wendung "Organe des Bundes" scheint fragwürdig. Es wird die Meinung vertreten, die Organe der Gerichtsbarkeit seien organisatorisch - aufgrund des Art. 82 Abs. 1 B-VG - dem Bund zuzuordnen, funktionell aber nur dann, wenn sie Bundesrecht zu vollziehen hätten. Hingegen seien sie funktionell als Landesorgane tätig, wenn sie Landesrecht zu vollziehen hätten (Walter-Mayer, Grundriß des österreichischen Bundesverfassungsrechts⁴, 214). Daraus ergibt sich etwa für das Amtshaftungsrecht die Konsequenz, daß - weil derzeit ja die Funktionstheorie als herrschend angesehen wird (Walter-Mayer, Grundriß des österreichischen Bundesverfassungsrechts⁴, 339) - im "Bereich der Landesverwaltung" das Land zu haften hätte.

Zum § 8

Das Verhältnis des § 8 Rpf1G 1985 zum § 44 Abs. 3 BDG 1979 sollte - zumindest in den Erläuterungen - klargestellt werden. Das in § 44 Abs. 3 BDG 1979 vorgesehene "Remonstrationsrecht" soll doch für den Rechtspfleger nicht gelten.

14. Februar 1985

Für den Bundesminister:

E N T

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

